

Arbeiterzeitung

Einzelnummer 10 Pfennig

NUR
Kübel
Kerker
Siegler
Siedermann
Glatzer, Helene
Hilbig
Reuhof



Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genosse

Bezugspreis monatl. drei Mark 2,50 M. (Halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Z. / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresden Verlagsgesellschaft: Geschäftsstelle: Dresden-Z. Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Druckanstalt: Arbeiter-Zeitungsdruckerei Dresden / Druckstunden der Redaktion: Mittwoch 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepaltene Doppelseite oder deren Raum ...

5. Jahrgang

Dresden, Montag den 22. April 1929

Nummer 93

Börgiebel macht den 1. Mai zum Totentag

Brandler leistet ihm Hilfsdienste / Die Dresdner SPD „versichert“ auf zentrale Demonstration
Nur die Kommunistische Partei proklamiert die Lösung des Züricher Kongresses

So urteilt das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“:

„Niederschließung der Arbeiter wird planmäßig vorbereitet“

Dresden, den 22. April 1929.

Unter der Überschrift „Der 1. Mai — Berlins Totentag“ veröffentlicht das Sächsische Volksblatt, ein Zwickauer SPD-Organ, einen sensationellen Artikel eines Berliner Sozialdemokraten, der sich mit den Vorbereitungen des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten zur Niederschließung der Maidemonstration dieses Jahres beschäftigt. Es heißt darin:

„Diese „Komödie“ des kleinen Belagerungsstandes in Berlin läßt ein fürchtbares Trauerspiel am 1. Mai ahnen... Wenn die Polizei die 163 Postbootfahrer nicht zusammenfahren läßt, so wird sie ganz gewiß gegen die Straßendemonstration der vielen Zehntausende, die trotz aller Abmachungen das Recht auf die Maidemonstration gegen den Polizeipräsidenten verteidigen wollen, einschreiten; und wenn am Anfang des Einschreitens der Gummihäkel steht, so endet es, wie schon so oft (Omaga oder Strauburg), mit erschossenen Arbeitern.“

Nachher kann der „Vorwärts“ viel von der Schuld der Kommunisten am Arbeitermord usw. erzählen; der einfache, d. h. nicht am 8-Uhr-Abendblatt geschulte, Verstand sieht nur auf der einen Seite die von der Polizei erschossenen Arbeiter, auf der anderen Seite erinnert er sich, daß auch Herr v. Jagow die Maidemonstration nicht unterdrücken konnte.

Es ist sehr einfach, die Schuld an dem Unglück, das der 1. Mai 1929 über viele Arbeiterfamilien bringen wird, den Kommunisten zuzuschreiben; man braucht nur zu sagen, daß die Kommunisten, wenn das Verbot bekannt, nicht zu einer Demonstration hätten aufrufen dürfen. Aber was nützt es, für den Arbeiter zu kämpfen, der das Zehntausende alte Verbot „Du sollst nicht töten“ bewußt übertreten hat, was nützt es, seine Begnadigung zu verlangen,

wenn man kühlen Herzens zuseht, wie alle Vorbereitungen getroffen werden, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung des Polizeipräsidenten Börgiebel aus dem Jahre 1929 niederzuschließen?

Es ist nur Sache der Berliner Parteigenossen, wenn die am 1. Mai 1929 erschossenen Arbeiter den Kampf um eine sozialdemokratische Berliner Kommune unendlich machen; es mag schließlich auch allein Sache der beteiligten Gewerkschaften sein, wenn der Genosse Krosigk, Direktor der Berliner Verkehrs-AG, das Recht des Unternehmers vor dem Arbeitsgericht verteidigen muß, Arbeiter wegen unerlaubter Feier des 1. Mai zu entlassen. Aber Sache der Gesamtpartei ist es, wenn das Leben von Arbeitern für die Erhaltung der sogenannten Staatsautorität geopfert werden soll!

Wir hoffen, daß die Berliner Genossen, die ja noch vor dem 1. Mai ihren Parteiparität abhalten, noch ein deutliches Wort zu den Kampfvorbereitungen der Berliner Polizei sprechen werden. Aber dürfen wir den Genossen Börgiebel an das Wort des römischen Kaisers erinnern: „Wieder will ich einem Bürger das Leben retten als tausend Feinde töten“, dürfen wir ihn bitten (!), lieber seine Autorität zu riskieren und von Maßnahmen gegen die Maidemonstrationen abzusehen, als den 1. Mai zu einem Tag der Toten zu machen? Wir haben trotz aller Ereignisse der letzten Wochen noch die Hoffnung, daß der Berliner Polizeipräsident nicht das Leben von Arbeitern aufs Spiel setzen wird — freilich, groß ist die Hoffnung nicht.“

Dieser Artikel enthält die ganze Schamlosigkeit der sozialdemokratischen Feinde, die nicht nur vom Vorwärts, sondern auch von dem größten Teil der sozialdemokratischen Blätter in Sachsen, einschließlich der Dresdner Volkszeitung, betrieben wird. Zunächst kann wohl festgestellt werden, daß diese Erklärungen im Sächsischen Volksblatt keineswegs getragen sind von revolutionärem Kampfsinn gegen die sozialdemokratischen Maßnahmen Börgiebels. Das zeigt der offene Anschlag über die Auswirkung eines Börgiebel-Blutbades für die Kommunisten. Dem Artikelautor geht es um den Stimmenfang, nicht um den Klassenkampf der Arbeiter. Es geht ihm auch, und es ist kein Zufall, daß es im Sächsischen Volksblatt zu einer solchen Kritik kommt, um die sächsischen Landtagswahlen, die parlamentarischen Kreisläufe fürchten sich vor der Abrechnung der Arbeiter, und nur aus diesem Grunde warnen sie ihren Berliner Parteigenossen Börgiebel. Erinnerung ist noch, daß Börgiebel zur Bekämpfung der Aufregung seiner Polizeibeamten, die sich durch die ersten Angriffe des Volksblattes beleidigt fühlten, auf die Doppelstraße der linken SPD zur Verewerung der Arbeiter hingewiesen hat. Nichtsdestoweniger zerfällt der Artikel das ganze Bürgertum, das man in der Presse zum Kampf gegen die Kommunisten aufgerufen hat. Zunächst bedeutet er eine Erledigung der schurkischen Vorwärts-Meldung, die behauptet:

„KPD braucht Zeichen! Sie wünscht Schüsse am 1. Mai!“

Das sozialdemokratische Volksblatt stellt demgegenüber fest:

„Börgiebel trifft alle Vorbereitungen, um Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine Polizeiverordnung niederzuschließen.“

Mit Recht erinnert das Volksblatt daran, daß dies nichts anderes ist, als was der weiseimistische Polizeipräsident v. Jagow versucht hat. Und nichts ist einleuchtender als das. Denn beide Male soll den Arbeitern verboten werden, am traditionellen Tag der organisierten Kampfparade gegen die bürgerliche Klassenherrschaft auf die Straße zu gehen und für den Sieg der Arbeiterklasse über ihre Ausbeuter zu demonstrieren. Zu demonstrieren zu einem Zweck, der in der Revolution des Züricher Kongresses 1898 folgendermaßen umrissen wird:

„Die Kundgebungen am 1. Mai für den Achtstundentag müssen gleichzeitig den machtvollen Willen der Arbeiterklasse zum Handeln bewegen und die Hoffnung auf das Herannahen eines sozialen Umsturzes und des internationalen Friedens stärken.“

Durchaus treffend kommentierte Karl Kautsky damals in der „Neuen Zeit“ diese Resolution folgendermaßen:

„Die Maidfeier ist nicht nur eine Heerschau, sondern auch eine Kriegserklärung und an diesem Tage muß unser Kampf sein: Krieg dem Kriege.“

Das sagt die Tradition des 1. Mai der Arbeiterklasse, und diese Tradition ist es, gegen die heute die Sozialdemokratie als Lakai des bürgerlichen Staates anrennt mit Panzerwagen, Gummihäkeln, Maschinengewehren und Handgranaten. Denn für den sozialen Umsturz können die nicht demonstrieren lassen, die verpöcht mit der kapitalistischen herrschenden Klasse, von ihr besetzt und abhängig, zu Kettenhunden des Kapitals geworden sind, und die deshalb auch nicht für den internationalen Frieden kämpfen können, da das Interesse des nationalen Kapitals den

Krieg verlangt und zum Kriege rüht. Ebensoviele wie die sozialdemokratischen Staatsdiener den Panzertruppen abfeuern können, ebensoviele können sie am 1. Mai 1929 die Lösung des Züricher Kongresses vertreten und unter den Fahnen des Klassenkampfes demonstrieren. Gerade bei dieser Frage der Notwendigkeit der Maidemonstration

am 1. Mai 1929 gibt es eine klare Scheidung zwischen den Vertretern des revolutionären Klassenkampfes und den reformistischen Lakaien des Kapitals.

Die Kommunistische Partei fordert doch nicht zu Demonstrationen am 1. Mai auf, um ihre Mitglieder Funktionäre und ihre Anhänger aus reinem Sadismus den Schergen des Kapitals auszuliefern. Sie fordert das ebensoviele wie aus diesen Gründen, wie das der Züricher Kongreß der Arbeiterinternationale gefordert hat. Auch damals warnte sie die opportunistische Kugel gegen Streiks und Demonstrationen, sondern wollte sich auf Saatkundgebungen an dem nächstliegenden Sonntag beschränken. Es galt aber, der Aufrüttelung der Massen breitere Wege zu geben. Es galt, der Bourgeoisie zu zeigen, daß die Arbeiterklasse sich emanzipiert hat und zu einem selbständigen Kampffaktor mit eigenen Zielen geworden ist. Es galt, die erst langsam erwachenden breiten Massen auf die Notwendigkeit der Organisierung des Klassenkampfes hinzuweisen. Hier muß der, der sich zum revolutionären Klassenkampf bekannnt, auch öffentlich Farbe bekennen.

Hier muß das Opfer getragen werden, um die Massen für die hohe Aufgabe mitzureißen.

Heute steht dieselbe Aufgabe vor der deutschen Arbeiterklasse. Auch heute gilt es — und das heute mehr denn je —, die Notwendigkeit des sozialen Umsturzes zu propagieren, die Massen zu organisieren zum Krieg gegen den drohenden imperialistischen Krieg und ebenso wie damals die Schergen der herrschenden Klasse alles mobilisierten, um gegen die revolutionäre Arbeiterpartei zu hehen und die Arbeitermassen niederzuschlagen, ebenso rüsten auch heute Polizeipräsidenten die Polizei gegen die rebellierenden Arbeitermassen. Nur daß heute andere Männer die einzelnen Rollen übernommen haben.

In Stelle der Jagow und Konraden ist Börgiebel und die SPD und an Stelle der feigen Opportunisten der Neunziger Jahre sind die aus der Kommunistischen Partei hinweggeworfenen Renegaten getreten.

Neuer reformistischer Schandstreich

Ausschluß der Dresdner roten Metallbetriebsräte aus dem DMV vollzogen!

Wir veröffentlichten kürzlich das Antwortschreiben der oppositionellen Metallarbeiter, die auf roten Betriebsrätefunktionen kandidiert hatten, an den Hauptvorstand. Es war ein Bekenntnis zum eingeschlossenen proletarischen Klassenkampf und eine klare Kampfansage gegen die reformistischen Spalter und ihre Wirtschaftsdemokratie.

Jetzt liegt die Antwort des Hauptvorstandes vor. Die Kollegen, die das Schreiben unterzeichnet hatten, wurden wegen ihrer proletarischen Gesinnung aus dem DMV ausgeschlossen. Im Schreiben der Ortsverwaltung heißt es:

„In Ihrer Rechtfertigung, die Sie gemeinsam mit anderen Verantwortlichen an den Vorstand einbrachten, haben Sie Ihr Verhalten bestätigt, so daß die Anklage wegen einwandfrei erwiesen ist. Der Vorstand hat deshalb wegen bewusster und grober Schädigung der Interessen des Verbandes sowie der gesamten organisierten Arbeiterklasse Ihre Ausschließung aus dem Deutschen Metallarbeiterverband vollzogen.“

Die Arbeiter in den Betrieben haben durch die Betriebsrätewahl entschieden, daß die Schädiger der Interessen der Arbeiterklasse die reformistischen Spalter sind. Schon versuchten die Reformisten, die oppositionellen Betriebsfunktionäre von den Belegschaften zu isolieren. In verschiedenen Betrieben organisierten sie Betriebsversammlungen und ließen durch ihre Leute erklären, daß die Abteilungen die oppositionellen Kollegen nicht mehr als ihre Vertreter ansehen werden, sobald sie aus dem Verband ausgeschlossen sind. Durch solche Wählerarbeit versuchten die Reformisten die Erfolge der Opposition bei den Betriebsrätewahlen zunichte zu machen. Demgegenüber erkennen die Arbeiter immer mehr, daß nur oppositionelle Betriebsfunktionäre Interessensvertreter der Arbeiter sein können. Durch noch engeres Zusammenklopfen um die Ausschlossenen werden sie den Reformisten zeigen, daß die Spaltungspolitik wirkungslos ist, wenn die Belegschaften mit der Opposition marschieren.

Durch Ausschüsse aus dem Verband, durch Mahreglungen in den Betrieben, soll die Lohnbewegung der Metallarbeiter

erstickt werden. Höchste Wachsamkeit ist am Werke, um die Möglichkeit der Reformisten zu vereiteln. Die Metallarbeiter müssen fest zu den Ausschlossenen stehen und mit ihnen gemeinsam die Lohnbewegung durchführen — gegen die Reformisten, die es vorziehen, die Klassenbewußten Arbeiter aus der Organisation zu entfernen.

Streik der Dresdner Heizungsmonteur und Installateure

Am Sonnabend dem 20. April tagte eine gut besuchte Versammlung der Heizungsmonteur und Installateure, die zu dem von dem Lohnschlichtegericht gefällten Spruch Stellung nahm. Die Forderung war eine Lohnserhöhung um 20 Pfennig pro Stunde. Der Spruch betrug, daß nur eine Lohnserhöhung von 5 Pfennig bis 31. Oktober 1930 gewährt werden soll. Nach lebhafter Aussprache wurde der Schlichterspruch mit 264 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Die sofort im Anschluß an diese Abstimmung vorgenommene Abstimmung über den Eintritt in den Streik ergab, daß sich 268 für Streik und 22 dagegen aussprachen.

Der Streik der Dresdner Heizungsmonteur und Installateure, der am heutigen Tag beginnt, zeigt, daß die Arbeiter nicht willens sind, länger um die jetzigen Hungerlöhne zu arbeiten. Er ist aber weiter eine Mahnung an die Metallarbeiter, sich nicht länger verträumen zu lassen, sondern ebenfalls geschlossen die Arbeit niederzulegen und den Kampf um die von ihnen geforderte Lohnserhöhung von 15 Pfennig zu führen.

Arbeiter солидарität gegen reformistischen Verrat

Berlin, 22. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Während Sonntag trafen in Hennigsdorf zahlreiche Arbeiterdelegationen ein. Bei den Kampfsitzungen wurden 140 Karte abgegeben. Sie enthielten Mehl, Zucker, Kaffee, Wurst, Butter, Speck, 80 Eier, außerdem Häuserwaren, 240 Brote, Schuhe, Wolldecken und 140 Mark. 20 Kinder wurden zur Verpflegung nach Berlin mitgenommen.